

Wolfgang Stelbrink

Der preußische Landrat im Nationalsozialismus

Studien zur nationalsozialistischen Personal- und
Verwaltungspolitik auf Landkreisebene



Waxmann Münster / New York
München / Berlin

Inhalt

Einleitung	1
I. Die Besetzung der Landratsämter 1933–1945 im Widerstreit von Staatsverwaltung und Parteidienststellen	19
1. Die Ablösung der „Weimarer Landräte“ 1933–1934	19
2. Die Neubesetzung der 1933/34 frei gewordenen Landratsämter mit einer „ersten Generation“ nationalsozialistischer Landräte 1933–1935	30
3. Amtsverluste und Amtserhalt der „Weimarer Landräte“ nach 1934	46
4. „Amtsstabilität“ und Amtsverluste der „ersten Generation“ nationalsozialistischer Landräte 1935–1939	52
5. Politische Grundlagen der Landratsberufungen 1936–1939	60
6. Die Neuberufung einer „zweiten Generation“ nationalsozialistischer Landräte 1936–1940	78
7. „Amtsstabilität“ und Amtsverluste der „zweiten Generation“ nationalsozialistischer Landräte	83
8. Strukturveränderungen im preußischen Landratskorps 1933–1940	87
9. Die Besetzung der Landratsämter in den annektierten polnischen Gebieten	101
10. Die Berufung und Abberufung von preußischen Landräten während des Krieges	117
11. Die Kriegsververtretungen für eingezogene und abgeordnete Landräte	124
12. Zukunftsplanungen für ein hochqualifiziertes Korps nationalsozialistischer Fachlandräte	137
II. Die Zerstörung der Einheit der Verwaltung im Landkreis	141
1. Die Vereinfachungsverordnung von 1932 und die fortschreitende Zersplitterung der Verwaltung in der Kreisinstanz	141
2. Die Planung einer Reichskreisordnung zur umfassenden Wiederherstellung der einheitlichen Staatsverwaltung in der Kreisinstanz zwischen 1935 und 1937	149
3. Das gescheiterte Projekt eines Gesetzes „über den einheitlichen Aufbau der deutschen Behörden“ und Fricks „Grundgedanken“ zur Reichskreisordnung im Jahre 1938	158
4. Die gescheiterte Vereinheitlichung der Kreisverwaltung im Rahmen des Ostmarkgesetzes im Jahre 1939	161
5. Das endgültige Scheitern der Reichskreisordnung und die Deformierung des Vereinheitlichungsgesetzes im Sommer des Jahres 1939	164

6.	Die gescheiterte rechtliche Fixierung einer neuartigen Einheit der Kreisverwaltung in den beiden östlichen Reichsgauen im Herbst 1939	167
7.	Die Anordnung über die Verwaltungsführung in den Landkreisen vom 28. Dezember 1939 als Versuch einer Vereinheitlichung der staatlichen Kreisinstanz	171
8.	Fricks Schnellbrief an die RVK vom 24. Juni 1941	176
9.	Staatliche und parteiamtliche Initiativen zur Einheit der Kreisverwaltung 1942/43	181
10.	Fortschreitende Auflösung der Kreisverwaltung im Altreich und in den Reichsgauen während des Krieges	190
11.	Einzelmaßnahmen des Innenministeriums und erneute Pläne zur umfassenden Vereinheitlichung der Kreisverwaltung 1944	195

III. Die Verdrängung der Landräte aus der Landstraßenverwaltung201

1.	GfS Todt und die Vereinheitlichung des deutschen Straßenwesens	201
2.	Die Entstehung der Durchführungsverordnung vom 7. Dezember 1934	203
3.	Die Neuklassifikation der deutschen Landstraßen im Jahre 1935	208
4.	Intensivierung der Fachaufsicht und Probleme der Straßenbaufinanzierung für die Landkreise	210
5.	Die Übertragung von Kreisstraßenverwaltungen auf die Länder und preußischen Provinzen 1935–1938	214
6.	Erfahrungen der Landräte bei der Zusammenarbeit mit den Landesbauämtern	224
7.	Entscheidende Einbrüche des GfS in die Phalanx opponierender Landräte 1938	226
8.	Die erzwungene Auflösung sämtlicher Kreisstraßenverwaltungen im Frühjahr 1939	230
9.	Die Verwaltung der Landstraßen II. Ordnung im Kriege	234

IV. Die Zersplitterung der Baupolizei in den Landkreisen239

1.	Die Neuordnung der Baupolizei in Preußen 1933/34	239
2.	Die Zusammenarbeit der Landräte als Baupolizeibehörden mit den staatlichen Hochbauämtern	241
3.	Landrätliche Privilegierungsanträge zugunsten kreiskommunaler Hochbauämter 1934–1939	247
4.	Die Einschaltung der Arbeitsämter und des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft	250
5.	Auseinandersetzungen um eine vollständige Entmachtung der Landräte als Baupolizeibehörden 1941	255
6.	Vergebliche Privilegierungsinitiativen während des Krieges	257
7.	Der Reichswohnungskommissar und die Aushöhlung der Baupolizei	262

V.	Die Verdrängung der Landräte aus dem Gesundheitswesen	264
1.	Die Konsolidierung des staatlichen Medizinalwesens 1932/33	264
2.	Das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens	265
3.	Die Einrichtung voll- und teilprivilegierter Gesundheitsämter 1934/35	271
4.	Die Zusammenarbeit zwischen Landräten und staatlichen Gesundheitsämtern	275
5.	Kommunale Finanzierung der Gesundheitsämter	282
6.	Vergebliche Initiativen zur Privilegierung staatlicher Gesundheitsämter ab 1936	286
7.	Die Einrichtung staatlicher Gesundheitsämter in den Reichsgauen	290
VI.	Die Landräte und der Reichsnährstand	294
1.	Der RNSt und die Entstehung einer „neuen Konfliktlage“ im Landkreis	294
2.	Die Landräte und der Ausbau des ländlichen Berufsschulwesens im „Dritten Reich“	297
3.	Die Verdrängung der Landräte aus der Verwaltung der landwirtschaftlichen Fachschulen	307
4.	Das Scheitern eines reichsweiten Landwirtschaftsschulgesetzes	314
5.	Landräte und Kreisbauernführer in der Kriegsernährungswirtschaft	323
VII.	Landräte, Kreisausschüsse und Kreisträte 1933–1945	328
1.	Neuwahl von Kreistagen und Kreisausschüssen im Frühjahr 1933	329
2.	Die Einführung des „Führerprinzips“ im Landkreis 1933	331
3.	Die Ergänzung der Kreisausschüsse im Widerstreit zwischen Landräten, Innenministerium und NSDAP	337
4.	Die Kreisleiter als Mitglieder der Kreisausschüsse und als Kreisdeputierte	342
5.	Kompetenzen, Arbeitspraktiken und Funktionen der Kreisausschüsse bis 1939	346
6.	Die Diskussionen um die zukünftigen Kreisträte 1937–1939	351
7.	Kreisausschüsse und Kreisträte im Kriege	359
VIII.	Kooperation und Konflikt zwischen Landräten und Kreisleitern	366
	Zusammenfassung	391
	Tabellarischer Anhang	407
	Biographischer Anhang	419
	Abkürzungen	441
	Quellen- und Literaturverzeichnis	444